

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 42. 30. Jahrg.

19. Oktober 1917.

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHE U. VERW. BERUFE

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

Redaktion:

Adolf Domnick, Berlin N 24, Elsaßstr. 86-88^{III}. Redaktionsschluß: Montag. Telefon: Amt Norden 4268. :: Verlag: Otto Siller, Berlin N 24. :: Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheideitz, Auguststr. 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Feilzeile oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — Zuschriften an die Expedition erbeten.

Inhalt:

Hauptteil: Bekanntmachungen. Wenn es Frieden wird! II. Rundschau. Genossenschaftliche Eigenbetriebe. — **Allgemeines:** Verkürzung der Lehrzeit. Ein Organisationskartell der graphischen Arbeiterschaft in Österreich. Schein oder Wirklichkeit. V. — **Graphische Technik:** Der Druck dunkler und gepreßter Papiere. — **Feuilleton:** Das technische und soziale Werk Henry Fords. II. — **Anzeigen.**

Bekanntmachungen.

Tarifat für Deutschlands Chemigraphen und Kupferdrucker.

Berlin SW 48, Friedrichstraße 239.

Briefadr.: z. H. d. Geschäftsführers Herrn Rich. Köhler.

Betrifft: Arbeitsnachweis

Stuttgart: Verwalter, Gustav Grosse, Seyfferstr. 20, IV
Berlin, den 13. Oktober 1917.

Albert Frisch, Prinzipalsvorsitzender.

Albert Fehr, Gehilfenvorsitzender.

Richard Köhler, Geschäftsführer.

Wenn es Frieden wird!

II.

Die Absperrung vom Weltmarkt hat uns enorme Schwierigkeiten in allen Industrien beim Arbeitsprozeß gebracht. Es fehlte mehr und mehr an den wichtigsten Rohmaterialien. Fast völlig ist die Textilindustrie dadurch lahmgelegt worden; die Lederindustrie, die Schuhwarenfabriken leiden ungemein durch den Mangel an Leder, das Buchdruckgewerbe droht durch die Papierknappheit lahmgelegt zu werden, und auch in anderen Industrien droht dieser Zustand mit jedem Tage schlimmere Folgen zu zeitigen. Aus der furchtbaren Arbeitslosigkeit am Anfang des Krieges ist nach und nach eine Arbeiterknappheit geworden. Nun aber scheint es, wenn der Krieg sich noch lange hinzieht, das allmählich ein neuer Umschwung, eine Arbeitslosigkeit sich entwickeln könnte, die aus dem Fehlen des Materials zu erklären wäre. Die Zusammenlegung der Betriebe wird gleichfalls in dieser Richtung wirken. Damit wäre die Möglichkeit einer neuen, wenn auch nur geringeren Arbeitslosigkeit noch während der Kriegszeit nicht von der Hand zu weisen.

Kommt aber, wie wir hoffen, der Friede schneller, dann wird die Unterbringung der freiwerdenden Arbeitskräfte erhöhte Aufmerksamkeit verlangen. Wohl ist durch Regierungsvertreter und in der Diskussion in der Öffentlichkeit genügend auf die Notwendigkeit der Fürsorge für die zu entlassenen Kriegsteilnehmer hingewiesen worden; leider aber bisher noch nicht in dem genügenden Maße auf das Riesenheer der zur gleichen Zeit ebenfalls frei werdenden Munitionsarbeiter, sowie der Arbeiter der ganzen Kriegsindustrie. Denn auch hier kommen durch den Ausfall der Aufträge ganz automatisch tausende und abertausende von Arbeitskräften zur Entlassung, die nun wieder ihren alten Friedensberufen zuströmen. Die Wiedereinrichtung der Betriebe auf die Friedensarbeit kann aber nicht im Entferntesten mit diesem Ansturm Schritt halten, sie kann naturgemäß sich nur ganz allmählich vollziehen. Dort die Zurückkehrenden aus dem Felde, die ihre häuslichen Verhältnisse durch Wiederaufnahme der Arbeit wieder herstellen müssen, hier die zahllosen Kriegs-

industriearbeiter, die ebenfalls nach Arbeit ausschauen. Freilich, Arbeit wartet an allen Ecken und Enden; ungeheure Verluste sind zu ersetzen; riesige Lager, die leer sind, sollen wieder gefüllt werden. Aber die Wiedereinrichtung der stillgelegten, die Umschaltung der anders eingerichteten Betriebe, geht nicht so schnell und vieles kann nicht aufgenommen werden, weil die Heranführung des Rohmaterials sich auf lange hinaus verzögert. Soll wieder den Gewerkschaften die Fürsorge für diese Opfer der Kriegswirtschaft allein überlassen bleiben? Mit der Zurückhaltung der Kriegsteilnehmer in dem Heeresverband ist es sowieso eine eigene Sache. Wir glauben kaum, daß auf diesem Wege die Verhinderung einer großen Arbeitslosigkeit möglich sein wird. Selbst wenn wir von dem menschlich verständlichen Bestreben des einzelnen Kriegsteilnehmers absehen wollten, der so bald als möglich in seine häuslichen Verhältnisse zurückkehren möchte, so bleibt es doch zum mindesten recht fraglich, ob es immer und in jedem Falle gelingen wird, unsere Behörden zu veranlassen, die rechten, im Augenblick benötigten, und die richtige Zahl der Arbeitskräfte zu entlassen.

Darum ist es an der Zeit, endlich einmal die im Frieden immer wieder von uns geforderte Arbeitslosen-Unterstützung zur Durchführung zu bringen. Noch ist es Zeit die Vorbereitungen dazu in Angriff zu nehmen. Es darf nicht wieder, wie in der ersten Kriegszeit, ein so wildes Durcheinander auf dem Gebiete herrschen; darf nicht wieder diese wichtige Einrichtung von dem guten Willen oder der Einsicht der Stadtverwaltungen abhängen. Gelingt es nicht unter dem Druck der Kriegs- und Übergangswirtschaft die Arbeitslosenunterstützung zu stande zu bringen, so führten wir, dürfte diese Sache auf lange Zeit hinaus noch verschoben sein.

Tatsächlich ist der Gedanke an den Ausbau dieser ersten Einrichtung der Kriegszeit jetzt ganz in den Hintergrund getreten. Es scheint, als wenn erst wieder die Not zum Himmel schreien muß, ehe etwas darin getan wird.

In dem deutschen Verein für Armenpflege und Wohltätigkeit haben der Landtagsabgeordnete Genosse Lindemann, Stuttgart, und der Genosse Umbreit die Notwendigkeit der Erwerbslosenunterstützung für die Übergangszeit energisch befürwortet und damit aufs neue dieses, der Arbeiterschaft so wichtige Problem zur Diskussion gestellt. Lindemann forderte, die Gewerbe selbst zur Aufbringung der Unterstützungskosten heran zu ziehen. Es sei wirtschaftlich begründet und berechtigt, die durch die Kriegswirtschaft begünstigten Gewerbe zu Anlegung eines Notfonds zu zwingen. In zweiter Linie hätten Gemeinde oder Kreis, Staat und Reich einzutreten. Professor Altmann, Mannheim, erklärte noch, das Unterstützungswerk müsse die Volkskraft zu stärken und den Arbeitswillen und die Arbeitsmöglichkeit zu steigern suchen. Damit ist nun wieder der Nachweis gegeben, daß auch die Arbeits-

losenunterstützung eng in das Gebiet des wirtschaftlichen Wiederaufbaues gehört.

In einem Lande, in dem die Arbeiterschaft zwar manche unangenehme Entbehrung aber doch nichts von den furchtbaren direkten Kriegsleiden zu ertragen hatte, in Dänemark, hat jetzt im Hinblick auf die voraussichtlich recht ungünstigen Verhältnisse im bevorstehenden Winter, der dänische Minister des Innern auf Drängen des dänischen Gewerkschaftsbundes, dem Folketing, eine erhebliche Ausdehnung der Arbeitslosenunterstützung vorgeschlagen. Die im Gesetz über die Arbeitslosenkassen vorgesehene Karenzzeit von 12 Monaten wird bis auf weiteres außer Kraft gesetzt. Dadurch bewirkt man, daß die bestehenden Arbeitslosenkassen ihren neu hinzutretenden Mitgliedern, wenn diese arbeitslos werden, sofort Unterstützung gewähren können. Sowohl für die jüngeren Arbeiter als auch für die von der Kriegsnot besonders hart getroffenen Berufe, bedeutet der Fortfall der Karenzzeit ein wahrer Gewinn. Für den Fall der Verkürzung der Arbeitszeit soll eine entsprechende Unterstützung, für Familienväter eine Mietsunterstützung in bestimmten Fällen gezahlt werden. Um diese Mehrleistung der Arbeitslosenkassen zu fundieren, gewährt der Staat eine besondere Beihilfe von 12¹/₂ Millionen Kronen.

Die Fürsorge für die Erhaltung und Schonung der menschlichen Arbeitskraft schließt die Arbeitslosenfürsorge mit ein. So liegt diese Unterstützung mindestens so sehr im Interesse des ganzen Volkes, wie sie im Interesse der Arbeitslosen notwendig ist.

Rundschau.

Lohn- und Teuerungszulagen: In Berlin sind wieder folgende Zulagen erzielt worden: Die Firma Robert Winkelmann hat an 13 Steindrucker und 3 Lithographen je 5 Mk. weitere Zulage pro Woche bewilligt; die Firma A. Sala bewilligte ihren 3 Steindruckern ebenfalls je 5 Mk. weitere Zulage pro Woche. — In Ebersbach i. S. hat die Firma Franz Strobach vor kurzer Zeit dem ganzen Personal je 1 Mk. Lohnzulage gewährt, jetzt erhielten die Kollegen wieder 2 bis 3 Mk. pro Woche. Auch werden die Krankenkassenbeiträge von der Firma bezahlt. — In Würzburg hat die Firma H. Stürtz A.-G. an sämtliche Kollegen je 1 Mk. Lohnzulage und 1 Mk. Teuerungszulage bewilligt. In Betradt kommen 10 Kollegen.

Staatsmonopole und Zwangskartelle. Bekanntlich haben infolge der Kriegsnotwendigkeit Schuh- und Selenindustrie vom Staate zusammengelegt werden müssen; die gesamte Industrie über das ganze Reich hin bildet danach einen vom Reiche beaufsichtigten und teilweise befehligten großen Reichstrust. Bei anderen Industrien wird dieselbe Entwicklung unaufhaltsam sein. Nun ist es ganz klar, daß, wenn das Reich erst einmal diese Organisationsarbeit vollbringt, es früher oder später den überflüssig gewordenen Unternehmer gänzlich ausschaltet und den Unternehmerprofit für das Reich in Anspruch nimmt, eine Lösung, welche durch die großen Steuerbedürfnisse der Nachkriegszeit besonders nahe gelegt wird. Dieser Wegfall des Unternehmerprofits in wichtigen Industriezweigen ist es, der sie jetzt bei Tag und Nacht ängstigt. Darum erläßt jetzt die Düsseldorfer Handelskammer eine Erklärung, daß Industrie und Handel gern bereit sein werden, den auf sie entfallenden Teil der Reichslasten zu tragen, wenn

nur die Zwangssyndizierung auf den möglichst geringen Umfang beschränkt bleibe und nicht Staatsmonopole die persönliche Tüchtigkeit hemmen, das Wirtschaftsleben veröden und wichtige Handelsgruppen verdrängen. Diese »Steuerfreudigkeit« der Großindustrie, die eine ganz neue Erscheinung ist, und auf deren Ernst man noch keine Probe abgelegt hat, läßt jedenfalls heute schon erkennen, wie sehr die Herren sich davor fürchten, daß ihnen der Staat in diese Betriebe hineinguckt. Deshalb tobt auch die »Deutsche Arbeitgeberzeitung« gegen August Winnig vom Bauarbeiter-Verband, weil er den Monopolgedanken im Zusammenhang mit der Idee des Verständigungsfriedens untersucht und empfohlen hat. Es ist ja klar, daß ein Frieden ohne Annexionen und Kriegsendentscheidung eine großzügige Ausdehnung der Staatswirtschaft zur unbedingten Notwendigkeit macht. Daher ist es auch verständlich, daß die Nutznießer der großen kapitalistischen Privatmonopole in Rheinland-Westfalen und anderwärts die vordersten Rufer im Streit für die Vaterlandspartei sind.

Das neue Reichswirtschaftsamt, steht vor großen und wichtigen Aufgaben. Auf eine dringende Aufgabe müssen die neuen Herren aufmerksam gemacht werden: auf die baldige Erledigung des vom Reichstag einstimmig angenommenen Antrags, dafür zu sorgen, daß die infolge des Krieges eingestellten Lebensversicherungen ohne Nachteile der Versicherten nach Schluß des Krieges wieder in Kraft gesetzt werden können. Daß es sich dabei um wichtige Interessen handelt, geht daraus hervor, daß im Jahre 1916 allein bei der Volksversicherung vergütungslos verfallen sind bei der Gesellschaft »Friedrich Wilhelm« 42349 Versicherungen mit 9867 439 Mk., bei der »Victoria« 25771 Versicherungen mit 7805 820 Mk., bei der »Hamburg-Mannheimer« 17 803 Versicherungen mit 3849 960 Mk. und bei der »Iduna« 10807 Versicherungen mit 2813 041 Mk. Versicherungssumme. Dabei handelt es sich meistens um kleine Leute und in den meisten Fällen wohl um Kriegsteilnehmer, bei den Gesellschaften dagegen um reiche, leistungsfähige Unternehmungen, die im Kriege glänzende Geschäfte machten.

Eine Massenpetition der Kriegsbeschädigten an den Reichstag ist im Gange. Gestützt auf die überaus betrüblichen Ergebnisse, die eine im Rheinland aufgenommene Statistik über die wirtschaftliche Lage der erwerbsunfähigen Kriegsinvaliden ergeben hat, sowie auf eigne Beobachtungen und Erfahrungen, hat eine Gruppe von Kriegsbeschädigten eine Eingabe an den Reichstag gerichtet, in der baldige erhebliche Heraussetzung der Kriegsentgelte gefordert wird. Für diese Eingabe werden weitere Unterschriften gesammelt. Kriegsbeschädigte, die sich anschließen wollen, können Petitionslisten kostenlos beziehen von der Geschäftsstelle der Kriegsbeschädigten, Berlin SW. 68, Lindenstr. 114, III.

Zusammenschluß in der Angestelltenbewegung. Die Arbeitsgemeinschaft für das einheitliche Angestelltenrecht, der die gewerkschaftlich gerichteten Verbände der kaufmännischen, technischen und Bureauangestellten angehören, hat im Verlaufe des Krieges ihr Tätigkeitsgebiet wesentlich ausgedehnt. Die bisher erzielten Erfolge der umfangreichen Gemeinschaftsarbeit, und die nach dem Kriege bevorstehenden schwierigen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Aufgaben der Angestelltengewerkschaften ließen es geboten erscheinen, aus der bisher losen Arbeitsgemeinschaft ein fester gefügtes Kartell zu schaffen. Eine kürzlich abgehaltene Vorstandskonferenz aller abgeschlossenen Verbände hat deshalb einstimmig beschlossen, die bestehende Arbeitsgemeinschaft für das einheitliche Angestelltenrecht zu einer Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände auszubauen. Ihr Arbeitsgebiet erstreckt sich auf die Durchsetzung gemeinsamer gewerkschaftlicher Ziele auf wirtschaftlichen und sozialem Gebiete.

Zwei Erlasse gegen die gewerkschaftliche Tätigkeit. In letzter Zeit ergingen vom Generalkommando des VII. Armee Korps in Münster zwei Erlasse. Durch den ersten Erlaß werden die Gewerkschaften gezwungen, jede Vervielfältigung, gleichviel ob Maschinenschrift oder sonstiges Zeugnis, der Polizeibehörde vor der Versendung zu unterbreiten. Dadurch wird den Gewerkschaften ein Hemmschuh in ihrer Tätigkeit angelegt und ob gewollt oder nicht, sind sie den größten Schikanen ausgesetzt. Man denke sich nur den Zustand, daß jede Anweisung an den Bezirksleiter, Zahlstellenverwaltungen oder dergl. deren Ausführung eilig ist, erst dann abgesandt werden kann, wenn jeder Buchstabe geprüft und gut geheißen wurde. Der zweite Erlaß soll nach mündlicher Auskunft nur Werbegesamten treffen, aber er ist so dehnbar und sein Wortlaut erwähnt nichts von Werbegesamten, daß damit den Denunzianten Tür und Tor geöffnet ist. Er lautet: »Wer es unternimmt, Arbeiter oder Arbeiterinnen, die in unmittelbarer oder mittelbarer Heeresbedarfs tätigen Betrieben beschäftigt sind, im Interesse des eigenen oder eines anderen Betriebes zum Aufgeben oder zum Wechsel ihrer Arbeitsstelle zu veranlassen, wird nach § 9 b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 und des Gesetzes vom 11. Dezember 1915

mit Gefängnis bis zu einem Jahre, beim Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder bis zu 1500 Mk. Geldstrafe bestraft. — Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig wird die Verordnung vom 22. August 1917, Abt. I b Nr. 47833, aufgehoben.« Diese beiden Erlasse sehen nicht nach Neuorientierung aus. Sie werden auch wohl schon in anderen Generalkommandobereichen Nachahmung gefunden haben. Je eher diese beiden Erlasse zurückgezogen werden, desto besser wird es sein.

Aus dem Auslande.

Der österreichische Metallarbeiterverband ist im Begriff, in die größten Betriebe der Schwerindustrie einzudringen. Nachdem die Gewerkschaft sich jüngst die Gleichberechtigung bei den Wittkowitz Eisenwerken erkämpft hatte, hat jetzt zum ersten Mal in den Pilsener Skoda-Werken, bei dem österreichischen Krupp, die Werksleitung mit der Organisation als gleichberechtigter Instanz über Arbeiterfragen verhandelt. Die neu errichteten Beschwerdekommisionen, die etwa den Hilfsdienstauschüssen nach § 9 entsprechen, aber in ihren Rechten beschränkt sind als diese, haben den österreichischen Gewerkschaften die Möglichkeit gegeben, diese grundsätzlich außerordentlich bedeutungsvollen Erfolge zu erringen.

Der Gewerkschaftsaufstieg in der Schweiz. Auch die Schweizer Gewerkschaften nehmen an der raschen Zunahme der gewerkschaftlichen Organisationen teil, die sich seit Mitte 1916 in allen Ländern bemerkbar macht. So hat der Schweizer Textil-Arbeiterverband jetzt über 8000 Mitglieder gegen 5606 vor dem Krieg. Außerdem hat der Heimarbeiterinnen-Verband, der damals mit ihm zusammen war, ebenfalls 2000 Mitglieder, so daß nahezu eine Verdoppelung eingetreten ist. Auch der Verband der Papier- und graphischen Hilfsarbeiter hat sich gegenüber der Zeit vor dem Kriege verdoppelt.

Genossenschaftliche Eigenbetriebe.

Die Entwicklung der deutschen Konsumgenossenschaften drängt immer mehr über den Rahmen der Güterverteilung hinaus in das Gebiet der Gütererzeugung. Ursprünglich, in den Anfängen der deutschen Genossenschaftsbewegung, unterschied man scharf zwischen Produktiv- und Konsumgenossenschaften. Letzteren legte man wenig oder gar keine Bedeutung bei, erstere dagegen standen im Mittelpunkt des Interesses, und man schrieb ihnen eine wichtige Aufgabe in der Neugestaltung unseres Wirtschaftslebens zu. Der liberal-kapitalistische Volkswirtschaftler Schulze-Delitzsch trat für Produktivgenossenschaften ein, die auf dem Grundsatz der Selbsthilfe beruhen, der Sozialdemokrat Lassalle forderte solche mit Staatshilfe. Lange und erbittert hat man um diese Gegensätze gekämpft, aber nun ist der Streit gegenstandslos geworden, denn die Produktivgenossenschaften sind in den Hintergrund getreten. Man hat allgemein eingesehen, daß man ihre Entwicklungsmöglichkeiten überschätzt und die ihnen entgegenstehenden Schwierigkeiten unterschätzt hatte. Diese Schwierigkeiten, die besonders in der Kapitalbeschaffung, der inneren Disziplin und dem Kampf um den Absatz zu suchen sind, haben eine Ausdehnung der Produktivgenossenschaften verhindert.

Demgegenüber sind die Konsumgenossenschaften in den Vordergrund des Interesses getreten und haben eine nie geahnte Entwicklung genommen. Die Ursache ihrer Erfolge liegt darin, daß sie es verstanden haben, die den Produktivgenossenschaften entgegenstehenden Schwierigkeiten zu überwinden. Indem sie zunächst eine Regelung der Warenverteilung anstrebten und die Verbraucher in großen Organisationen um sich scharten, sammelten sie im Laufe der Zeit Gelder und Mitglieder an, wodurch die Vorbedingung gegeben war für die Herstellung von Waren. Sie waren jetzt in Besitz von Betriebskapital und von festen Kunden, diesen beiden wichtigsten Erfordernissen einer rentablen Gütererzeugung, und gingen nunmehr dazu über in eigenen Betrieben für ihre Mitglieder Bedarfsgegenstände herzustellen. Erklärlicherweise beschränkten sie sich anfangs auf die Herstellung solcher Waren, die auf eine Massenkundschaft an den betreffenden Orten rechnen können, weshalb sie meistens mit einer Bäckerei begann, denen sich dann vielfach eine Schlächterei, Mineralwasser- und Limonadenfabrik, Obstweinbrennerei usw. anschloß. An einigen Stellen ging man auch dazu über, landwirtschaftliche Betriebe zu übernehmen, um auf diese Weise den Bedarf der Mitglieder an Fleisch, Milch, Gemüse usw. zu decken. Gleichlaufend mit dieser Entwicklung zur genossenschaftlichen Eigenproduktion vollzog sich die Errichtung von Zentralstellen, die außer der Versorgung der verschiedenen Konsumvereine mit Waren auch die Warenerzeugung im großen betrieben. Da ist vor allen Dingen die Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg zu nennen, die in eigenen Fabriken Seife, Zigarren, Zündhölzer, Teigwaren, Kautabak und Kisten herstellt und im letzten Jahr einen Umsatz im eigenen Betriebe von annähernd 30 Millionen Mk. erzielte. Sie geht mit neuen Plänen um, die Eigenproduktion

noch viel, viel weiter auszudehnen, und nach Beendigung des Krieges will sie eine ganze Reihe neuer Betriebe schaffen. Daneben entwickelt sich auch die Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg ebenfalls sehr günstig. Sie stellt Drucksachen und Papierwaren her und hatte im vergangenen Jahr einen Umsatz von 5 1/2 Millionen Mk. Der Gesamtumsatz der deutschen Konsumvereine, die dem Zentralverband angeschlossen sind, belief sich im Jahre 1916 auf mehr als 150 Millionen Mk., eine Summe, die zu denken gibt.

Die Entwicklung zur Eigenproduktion, die in der künftigen Friedenszeit einen großen Aufschwung nehmen wird, erfordert selbstverständlich auch große Betriebsmittel, weshalb die Beschaffung von eigenem Kapital zur Einrichtung und Erweiterung eigener Betriebe eine der wichtigsten Sorgen der Konsumvereinsleiter ist. Augenblicklich beträgt das Eigenkapital der deutschen Konsumvereine an Geschäftsguthaben und Reserven rund 100 Millionen Mk., wovon natürlich der größte Teil für den Handelsbetrieb in Anspruch genommen wird. Es macht sich also die Notwendigkeit geltend, das Betriebskapital wesentlich zu verstärken, damit die Vereine ihren großen Aufgaben gerecht zu werden vermögen. Zu dem Zwecke ist es notwendig, die Geschäftsanteile der Mitglieder zu erhöhen und den Reserven einen größeren Teil der Ertrübrigungen zuzuweisen. Auch die Ausdehnung des genossenschaftlichen Sparkassenwesens vermag in dieser Beziehung günstig zu wirken. R. K.



Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

Verkürzung der Lehrzeit.

Mit Eifer wird in Unternehmerkreisen das Lehrlingsproblem erörtert. Der Krieg hat unersetzliche Lücken in die Reihen der gelernten Arbeiter gerissen. Mit Bangen sehen daher die Unternehmer der Schwierigkeit entgegen, diese fehlenden Arbeitskräfte wieder zu ersetzen. Not lehrte denken! Das zeigt uns der Krieg besonders häufig. Zu unserer Befriedigung dürfen wir feststellen, daß bei der Aussprache in den Kreisen der Unternehmer über die Lehrlingsfrage, heute, in der Absicht zu bessern, überraschend viel Dinge zugegeben werden, die die Gewerkschaften seit langen Jahren als reformbedürftig kritisiert haben. Kürzlich ging die Rede eines Buchhändlermeisters durch die Presse, der für sein Gewerbe die Lehrzeit um ein halbes Jahr verkürzt wissen wollte. Jetzt berichtet die »Malerzeitung«, der Vereinsanzeiger, über einen Artikel eines Malermeisters Herrn Sommer, Frankfurt a. M., der Stellung zur Lehrlingsfrage nimmt und dabei zu folgenden recht beachtlichen Ergebnissen kommt: »... Es ist grundsätzlich verfehlt, die Arbeitnehmer und ihre Verbände als die gegebenen Widersacher der Unternehmer anzusehen. Mit- und füreinander und nicht gegeneinander sollte die Lösung aller Unternehmer- und Arbeitnehmerverbände sein. Ich sage schon oben, es darf kein »Unmöglich« mehr geben, wenn Forderungen dem allgemeinen Fortschritt aller Menschen dienen.

Wenn wir uns auf diesen Standpunkt geeinigt haben, bietet auch die Lehrlingsfrage keine allzu schweren Probleme mehr. Es werden dann nur noch einige Zweckmäßigkeitfragen zu behandeln sein, um aus dem augenblicklichen Zustand veralteter Einrichtungen und Gebräuche zu Einrichtungen unserer neueren Anschauungen entsprechend zu gelangen. Daß diese Fragen eigentlich nur unter Mitwirkung aller Beteiligten, also der Lehrherren, der Gehilfenvertreter, der Fortbildungsschullehrer, der Arbeitsämter und ähnlicher den Gewerbebetrieben nahestehenden Personen befriedigend gelöst werden können, ist selbstverständlich.

Die praktischen Fragen im Lehrlingswesen sind wohl folgende: 1. Dauer der Lehrzeit, 2. Höhe der Vergütung und 3. Fortbildungsschulpflicht.

Bei der Dauer der Lehrzeit möchte ich vor ihrer Überschätzung, gerade in unserm Berufe, warnen. ... In unserm Berufe dürfte wohl eine erst und ohne Nebenabsichten betriebene Lehrzeit von zwei bis zweieinhalb Jahren ausreichend sein.

Bezüglich der Vergütung an die Lehrlinge darf auch nicht immer der reine Nützlichkeitgedanke maßgebend sein. Nicht die Frage, was leistet mir der Lehrling, sondern was leistet ich als Unternehmer und Lehrherr dem gesamten Gewerbe, wenn ich einen Gehilfen heranziehe und ausbilde, muß der Vergütungsfrage zugrunde gelegt werden. Also auch hier nicht kleinlich und ängstlich verfahren. Die Vergütungsfrage kann freilich nur örtlich geregelt werden, und hier nicht mehr als allgemeine Hinweise gegeben werden.

Was aber nun die Fortbildungsschulpflicht anlangt, so müssen wir auch hier unsere überkommenen Anschauungen gründlich ändern. Die Lehrlinge müssen viel mehr Fortbildungsschule besuchen als bisher (der Lehrplan dieser Schulen muß freilich hier und da auch etwas zeitgemäßer und zweckentsprechender geändert werden). Es muß uns daran liegen, unserm Nachwuchs auch eine angesehene gesellschaftliche Stellung zu geben. Wenn

Handwerker nicht mehr als auf der Höhe der Zeit stehen gelten, dann müssen wir die Ursachen beseitigen und den Weg zu neuem Ansehen, Bedeutung und Geltung freimachen. Die damit im Geschäft und in der Werkstatt verbundenen Unbequemlichkeiten müssen, als in höherem Interesse notwendig, einfach übernommen werden. Auch hier darf es kein »Unmöglich« geben.

Ein Organisationskartell der graphischen Arbeiterschaft in Österreich.

»Die Gewerkschaft«, das Zentralblatt der Gewerkschaften Österreichs bringt eine zusammenfassende Übersicht über eine Diskussion in den graphischen Fachzeitschriften, aus der wir eine Auslassung unserer österreichischen Bruderzeitung in der Rundschau notifiz in Nr. 39 der »Graphischen Presse«: »Sie konnten zusammen nicht kommen...« wiedergaben. Heute wollen wir den Artikel der Gewerkschaft darüber zu Worte kommen lassen.

»Ein Organisationskartell der graphischen Arbeiterschaft? Dieses schon seit Jahren zur Diskussion stehende Projekt wird nun im »Vorwärts« (Buchdruckerorgan) neuerlich von A. H. zur Sprache gebracht. Nebst einer längeren Besprechung verschiedener Vorkommnisse in der Buch- und Druckindustrie und der voraussichtlichen Entwicklung der Dinge nach dem Kriege nennt A. H. noch folgenden zur Begründung der von ihm angestrebten Gründung eines derartigen Kartells:

... Die Entwicklung des Lohnarbeitswesens, die Ausgestaltung der Arbeitsverhältnisse bedingt — wie sich in der Zeit der Kriegvereinbarungen offenbart — geradezu ein zukünftiges inneres Hand-in-Handgehen. Wir erinnern an die im »Vorwärts« wiederholt besprochenen Vorkommnisse anlässlich der Regelung der Teuerungszulagen im Gremium der Steindruckerei. Dort unternahm die Buchdruckereibesitzer Vorstöße, die zeigen, wohin sie zielen. Allerdings waren es bloße Versuche, allein sie werden sich zukünftig in anderer Weise und auf anderen Gebieten sicher wiederholen. Die Absichten auf die gewisse Vereinheitlichung in der Erfüllung der den Arbeitern gegenüber eingegangenen Verpflichtungen werden immer wieder auftauchen. Ähnlich gestalten sich die Dinge mit dem Überkommen über die abdingbaren Bestimmungen der III. Teilnovelle des Allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches. Bei jenen Arbeitern, die in den Buchdruckereien stehen und die anderen Berufen zugehören, waren die Vereinbarungen noch nicht erledigt, so daß einzelne Angehörige in sie betreffenden Fällen ihr Verhalten nicht immer richtig erkannten. Solche Fälle ergaben sich auch hinsichtlich der jeweiligen Abänderungen der Teuerungszulagen.

Soweit die Fachpresse der an dieser Angelegenheit interessierten Organisationen zu der Anregung von A. H. bisher Stellung genommen hat, ist ein prinzipieller Widerspruch hiergegen nicht wahrnehmbar; doch zeigt sich im allgemeinen eine gewisse Ungeduld wegen des so langsamen Vorwärtsschreitens der wiederholt schon angeregten engeren Verbindung der in Betracht kommenden Organisationen.

So schreiben die »Neuen graphischen Nachrichten« (Lithographen, Steindruckerei etc.):

... Wir (die genannte Branche) haben uns in der Generalversammlung vom 24., 25. und 26. Mai 1913 mit dieser Frage befaßt, wo alle in Betracht kommenden Organisationen durch ihre Delegierten vertreten waren. Es blieb bei der theoretischen Erörterung dieser Frage. Auch in der Fachpresse der einzelnen Branchen wurde zu dieser Frage Stellung genommen, ohne um einen Schritt weiterzukommen. Wir erhoffen uns auch diesmal keinen Fortschritt, außer der Verband der Buchdrucker nimmt in einer entschiedeneren Weise Stellung als bisher.

»Der Druckerei-Arbeiter« (Hilfsarbeiterorgan) schreibt:

... Obwohl dieser Gedanke nicht das erste mal in der graphischen Presse zum Ausdruck gebracht wurde, sondern schon des öfteren, blieb derselbe bisher immer nur auf dem Papier. Wir glauben nicht erst betonen zu müssen, wie wichtig die Schaffung eines graphischen Kartells gerade unter den derzeitigen Verhältnissen wäre. ... Es ist jetzt nur rasches Handeln in dieser Frage nötig, damit der gute Gedanke nicht wieder in Vergessenheit kommt. Und da sind wir der Meinung, daß der Verband der Vereine der Buchdrucker und Schriftgießer Österreichs die Patenstelle zur Gründung dieses Organisationskartells übernehmen und durch Einberufung einer Konferenz aller im graphischen Gewerbe bestehenden Verbände eine Aussprache herbeiführen könnte.

Die »Einigkeit« (Organ der Buchbinder etc.) erinnert gleichfalls an die bisherigen Diskussionen in dieser Sache und kommt zu folgendem Schluß:

... Schon seit Jahren sind der Beweise genug vorhanden, welche nach einer derartigen Verbindung drängen. Wenn sie nun immer häufiger zutage treten und, wie wir überzeugt sind, nach dem Kriege noch häufiger zu erkennen sein wer-

den, so nur, weil sie und mit ihnen auch die Notwendigkeit des besagten organisatorischen Ausbaues auf der Linie der wirtschaftlichen Entwicklung der Industrie liegen.

Anlässlich der letzten Diskussion über diese Frage... faßten wir unsere Meinung hierzu in folgende Worte zusammen: Der Worte sind genug gewechselt, nun laßt uns endlich Taten sehen! — Mehr über den nun aufs neue zur Diskussion gestellten Organisationsplan zu sagen, haben wir auch heute keine Ursache.

Aus diesen Blätterstimmen ist die Meinung über die Kartellfrage in den genannten, hierfür wichtigsten Organisationen deutlich zu erkennen. Mit dem lediglichen Diskutieren geht es auf die Dauer nicht; schließlich und endlich muß doch auch einmal die Probe aufs Exempel gemacht werden!

Die Probe aufs Exempel? Wir in Deutschland wären froh, wenn wir wenigstens erst zu einem bloßen Diskutieren gekommen wären.

Schein oder Wirklichkeit.

V.

Kollege F. K. madt es wirklich, niemandem leicht auf seine Ideen einzugehen. Trotz alledem wollen wir versuchen, so kurz als nur irgend möglich, seinen eigentlichen Vorschlag heraus zu schälen. Wir lassen absichtlich seine Begründung fort, weil wir fürchten, damit nicht zum Ziele zu gelangen. Man müßte ein ganzes Buch schreiben, um nur einigermaßen die überall nur angedeuteten Behauptungen klarstellen zu können. F. K. verlangt: »eine Beschränkung der Kommissions-, Ausschuss- und Vorstandsherrschaft und weitgehendste Bevollmächtigung unseres Vertrauensmännerkörpers. Diesem muß das Recht eingeräumt werden, alle Vorstands- bzw. Kommissionsbeschlüsse zu genehmigen oder abzulehnen. — Darum her mit dem Einspruchsrecht der Vertrauensmänner.«

Unmittelbar hinter diesen zwei Sätzen F. K.'s, die wir wohl als die eigentliche Forderung aus dem sonst fast nur kritisierenden Aufsatz heraus heben können, setzt er uns auseinander, was er unter Demokratie versteht. »Demokratie heißt Volksherrschaft, Herrschaft durch das Volk und für das Volk.« — Das Volk ist in unserem Falle die Gesamtheit der Mitglieder unseres Verbandes. Nach dieser durchaus richtig angegebenen Begriffsbestimmung ist aber der neu zu belebende Vertrauensmännerkörper nach dem Vorschlag F. K.'s alles andere nur keine Demokratie, die anders aussieht als die bisher bestehende. Es ist nur eine erweiterte Ausschuss- und Vorstandsherrschaft, die eben erst von ihm so scharf kritisiert worden ist. Wir hatten im Frieden über 16000 Mitglieder und ungefähr 1500 Vertrauensleute. Rund $\frac{1}{10}$ aller Mitglieder wären dann wieder verurteilt das zu »schließen«, was die Vertrauensmänner beschlossen oder gut heißen hätten. Dieser Zustand wird ganz besonders dadurch noch weniger demokratisch, als Kollege F. K. für die Verständigung unter den Vertrauensleuten ein besonderes Organ schaffen will, auf das er ausführlich erst in seinem 2. Artikel eingeht. Nun stelle man sich die $\frac{1}{10}$ unserer Mitglieder vor, denen dieses Organ der Vertrauensleute vorenthalten bleibt. Denn wenn es eine Existenzberechtigung haben soll, dann muß es in der Tat den einfachen Mitgliedern vorenthalten bleiben. Für sie bleibt die »Graphische Presse«.

Welche Macht Kollege F. K. dem gedruckten Wort beimißt, ist erstaunlich. Dieses Informationsorgan soll in der Lage sein, alle auftauchenden Differenzen soweit zu klären, daß daraufhin die Abstimmung über die wichtigsten Verbandsfragen vorgenommen werden kann. Daran hatte allerdings Kollege j. h. wohl nicht gedacht. Auch wir halten eine Abstimmung unter den Vertrauensmännern in gleicher Zeit in Köln und München, in Hamburg usw. ohne vorherige gründliche Aufklärung nicht für möglich. So mußte man auf den Gedanken einer Generalversammlung von 1500 Vertrauensmännern kommen. F. K. gibt stillschweigend zu, daß das eine glatte Unmöglichkeit ist. Aber genau so unmöglich ist die entgeltliche Austragung von Meinungsverschiedenheiten durch ein besonderes Informationsorgan. Welchen Umfang müßte das haben? Halten wir uns dabei bitte recht eindringlich die Länge der bisher erschienenen Artikel in dieser Frage vor Augen und vergessen dabei nicht, daß wir uns noch keinen Schritt näher gekommen sind. Diesmal sitzen aber die Diskutierenden bis auf eine Ausnahme an einem Ort; nun denken wir uns noch eine Differenz, bei der lokale Gegensätze in Frage kommen? Wie soll da eine Verständigung erzielt werden?

Nein so geht das wirklich nicht! Eine Verständigung läßt sich wirklich bis auf ganz seltene Ausnahmen am besten mündlich erzielen. Da muß man dem Gegner ehrlich ins Auge sehen, da darf man nicht abschweifen, wie es im schriftlichen Austausch leider so oft geschieht.

Wir möchten wirklich nichts gegen die Forderung auf Demokratisierung unseres Verbandes einwenden. Soweit aber der Vorschlag des Kollegen F. K. praktisch durchführbar ist, besteht er heute tatsächlich schon. Mit Recht wies j. h. auf

die Bestimmungen auf Seite 60 und 61 des Handbuchs hin, wo es heißt:

Durch Beschluß einer Mitgliederversammlung kann den Vertrauensmännerversammlungen in bestimmten Fragen das Entscheidungsrecht übertragen werden. — Und an einer anderen Stelle: außer den Fragen der Lohnbewegung sind auch Angelegenheiten sonstiger Art, welche aus allgemeinen taktischen Rücksichten nicht in breiter Öffentlichkeit zu verhandeln sind, einer Vertrauensmännerversammlung zur Erledigung zu überweisen. —

Wir wissen nicht, wie weit Kollege F. K. von diesem tatsächlich bestehenden Recht der Vertrauensmänner unterrichtet ist. Es ist nämlich leider viel zu häufig der Fall, daß tatsächlich bestehende Rechte nicht ausgenutzt werden. Das liegt aber nicht an der erzwungenen Unterordnung, sondern einfach an der durch keine noch so demokratische Einrichtung zu verändernden Tatsache, daß persönlicher Mut und energischer Willen nicht bei allen Menschen gleichmäßig zu finden ist. Viele Einzelausführungen F. K.'s lassen erkennen, daß er dieselben Erfahrungen gemacht habe.

Aus der umfangreichen Kritik des Kollegen F. K., die sich leider nur selten zu bestimmten Behauptungen verdichtet, möchten wir nur eins herausheben. Es zeigt zugleich wie unbekannt ihm manche Verbandsvorgänge sind. Er sagt:

»Es ist, um ein Beispiel herauszugreifen, absolut nicht gleichgültig, ob die Frage des Industrieverbandes in den Büros der Vorstände schlummert, oder ob sie rege in den Mitgliederkreisen diskutiert wird.«

Was gibt es wohl über diese Frage bei uns noch zu diskutieren? Seit Jahren haben wir immer und immer wieder festgestellt, daß in unserem Verbandsrat eine Stimme gegen solchen Industrieverband zu finden ist; daß wir in Versammlungen, in der Presse, auf Generalversammlungen stets einstimmig uns dazu bereit erklärt haben. Wenn aber schon solche sonnenklaren Tatsachen zu einem kaum verhüllten Angriff gegen die Verbandsverwaltung herhalten müssen, dann darf man sich über nichts mehr wundern, wenn andere, die weniger um die Verbandsdinge wissen, ebenso reden. Wir können doch den Industrieverband nicht allein machen, wenn der andere Teil, in diesem Falle unsere Buchdruckerkollegen nicht wollen. Und an deren Auffassung ändert die weitgehendste Demokratie bei uns nichts.

Nach einmal, wir wenden uns nicht gegen Demokratie. Nur gegen Ausführungen, die etwas verlangen was zum Teil schon besteht zum andern Teil undurchführbar ist. Eine endgültige Erledigung eines solchen Vorschlags in der Presse ist ja nicht möglich. Sollte F. K. von der Richtigkeit seines Vorschlags trotz der ihm entgegengehaltenen Bedenken noch überzeugt sein, so bleibt ihm der Weg immer noch offen, durch einen dahin gehenden Antrag in den Versammlungen für die Durchführung desselben einzutreten. Damit möchten wir die Diskussion schließen. Die Redaktion.

Graphische Technik.

Der Druck dunkler und gepreßter Papiere.

Die modernen dunklen Papiere, die oft auch eine gepreßte Musterung zeigen, werden meist für Bücher- und Broschüren- oder Katalog-Umschläge benutzt und finden daher meist im Buchdruck Verwendung, wo diese auch nicht mit so großen Schwierigkeiten verknüpft ist, als im lithographischen Druck. Doch kommen vereinzelt Fälle vor, wo der Druck in lithographischer Manier ausgeführt werden muß. Da, wie schon erwähnt, hierbei nicht unerhebliche Schwierigkeiten zu überwinden sind, sollen die nachfolgenden Zeilen einige Hinweise geben, wie dabei zu verfahren ist, um zu brauchbaren Resultaten zu gelangen.

Bei dunklen Papieren kommen, um die notwendige Deckkraft zu erzielen, meist nur deckende Farben in Betracht. Da mit verhältnismäßig viel Farbe gearbeitet werden muß, ist es erforderlich, daß schon die Lithographie zweckentsprechend ausgeführt ist. Zu feine Zeichnungen sind untauglich. Alles muß mit festen, kräftigen Strichen dargestellt sein, zu enge Lücken sind unbedingt zu vermeiden. Autotypische Darstellung eignet sich ganz und gar nicht dafür, hingegen sind photolithographische Manieren anderer Art ganz gut zu gebrauchen. Wenn mehrere Farben verwendet werden, so können sie nur nebeneinander liegen, da eine Mischung der Farben durch die Lasur so gut wie ausgeschlossen ist; denn es kommen ja nur Deckfarben in Betracht. Wenn diese Vorbedingungen erfüllt sind, so wird sich jede nachfolgende Handhabung umso leichter vollziehen lassen.

Der Druck mit Deckfarben hat wegen der in der lithographischen Drucktechnik beschränkten Auswahl von solchen gewisse Schwierigkeiten. Wohl liefern die Farbenfabriken auch Deckfarben für solche Spezialzwecke; wo aber nicht sehr große Auflagen oder laufende Arbeiten in Betracht kommen, wäre es unwirtschaftlich, erst besondere Farben kommen zu lassen. Man wird sich auch in den meisten Fällen mit dem vorhandenen Farbmateriale behelfen können.

Eine Hauptbedingung ist das Vorhandensein von Blei- (Kremser-) oder Zinkweiß. Ersteres hat mehr Deckkraft als das letztere, welches allerdings im Ton reiner ist. Das spielt aber keine so große Rolle, wenn nicht sehr zarte Töne gedruckt werden sollen. Da Zinkweiß auch im Preise erheblich teurer kommt, so wird man vorwiegend Kremserweiß wählen. Helle Farben werden unter Verwendung von wenig Firnis und viel Weiß gemischt. Wird keine genügende Deckung mit einmaligem Druck erzielt, so muß entweder ein zweimaliger Druck erfolgen, oder man druckt mit reinem Weiß vor und den Farbton gleichfalls mit deckender Farbe auf. Am besten geschieht das von dem gleichen Umdruck mit Rücksicht auf genaues Passen. Auf jeden Fall ist es empfehlenswert, erst einen Probendruck auf der Handpresse zu machen, da man sonst gar keinen festen Anhaltspunkt hat, wie weit man gehen kann und sehr leicht zu verfehlten Resultaten kommt. Es ist wohl einleuchtend: wenn man irgend eine helle Farbe gedruckt hat und sie muß, weil nicht genügend deckend, nochmals gedruckt werden, muß sie dunkel werden und dann ist es schwer, wenn nicht unmöglich, die richtige Helligkeit zu erreichen, deshalb Vorsicht.

Der Druck dunkler Farben ist in dieser Beziehung weniger schwierig, da der Farbstrich bei dunklen Farben leichter zu treffen ist. Auch die dunklen Deckfarben sind beschränkt. Gelb und Rot ist in gut deckender Qualität als Chromgelb und Zinnober wohl vorhanden, (allerdings muß bemerkt werden, daß der Krieg auch hier Mangel an gutem Material bewirkt und Ersatzstoffe von oft zweifelhafter Güte erzeugt hat) schlechter ist es mit Blau. Hier kann man sich ebenfalls durch Zusatz von Weiß helfen, muß aber gegebenen Falles mit einem zweimaligen Druck rechnen. Auch ein Vordruck von Weiß ist in dem Falle zweckmäßig.

Jedes Aufhellen dunkler Farben wird zweckmäßig ebenfalls durch Zusatz von Weiß erfolgen, soweit sich dies mit der Druckfähigkeit der Farbe vereinbaren läßt; denn dadurch wird der eigentliche Zweck — die Deckfähigkeit — erhöht. Kommen andere als die Grundfarben Gelb, Rot und Blau in Frage, so sind solche Mischfarben nach Möglichkeit selbstverständlich auch aus Deckfarben anzumachen. Kleinere Zusätze von Lasurfarben zum Umstimmen schaden natürlich nicht, da sie die Deckfähigkeit kaum beeinträchtigen.

Für jeden zwei- oder mehrmaligen Übereinanderdruck möchte ich hier gleich auf etwas sehr wichtiges aufmerksam machen. Wie schon erwähnt, wird man, um volle Deckung zu erzielen, mit verhältnismäßig viel Farbe arbeiten. Wohl ist es möglich, bei mehrmaligem Druck das Quantum jeweils zu vermindern, aber trotzdem wird dieses doch den normalen Durchschnitt immerhin erheblich übersteigen. Dadurch kann es kommen, daß beim zweiten Druck ein schlechtes Abheben sich zeigt, namentlich dann, wenn die gedruckte Farbe bereits getrocknet ist, was bei der starken Trocknbarkeit des Kremserweiß sehr leicht möglich ist. Um hier ohne Störung und mit guten Resultaten arbeiten zu können, gebe man der Farbe einen entsprechenden Zusatz von vorher gut durchgereibener Bologneser Kreide, dem altbekannten Mittel, um ein mattes Einziehen der Farben zu erzielen. Ein noch besseres Mittel zu diesem Zweck ist nach den Erfahrungen des Verfassers der Farbzusatz A oder B von Kast & Ehinger in Stuttgart. B ist deswegen nicht so sehr zu empfehlen, weil es die Deckkraft der Farben etwas mindert. Trockenstoff bei Verwendung von Kremserweiß ist nicht nur zwecklos, sondern direkt schädlich. Dasselbe ist mit Chromgelb, Zinnober oder den meisten von dessen Ersatzmitteln der Fall.

Wenn vom Druck gemusterter Papiere gesprochen werden soll, so denke ich in erster Linie an das seit einigen Jahren sehr stark beliebt gewordene Schreibpapier mit Leinenpressung. Wohl wird dies für eigentliche Merkanilzwecke weniger gebraucht, der Druck solcher Arbeiten kommt daher seltener vor. Zu den Schachteln und Umhüllungen, in die derartige Schreibpapiere und Umschläge verpackt werden,

verwendet man aber oft das gleiche Papier und versteht es mit geeignetem Zierdruck und Namen- aufdruck. Dies erfolgt in den meisten Fällen in lithographischer Drucktechnik. Die besten Resultate würde man natürlich auf der Offsetpresse erzielen. Diese hat aber leider bisher noch nicht überall Heimatrecht; für später hoffen wir das Beste dafür.

Die erste Verbindung guten Gelingens ist ein tadellos stehender Überdruck, der sehr hoch geätzt werden muß. Es ist daher auch bis zu einem gewissen Grade notwendig, die Zeichnung und Schrift entsprechend, d. h. kräftig, aber jedenfalls nicht zu fein auszuführen. Man wird dadurch von vornherein mancher Schwierigkeit begegnen.

Richtet man den Stein ein, so wird man zunächst in den meisten Fällen einen ganz ungenügenden Abdruck erzielen. Viele würden da zum Zurückgehen auf dem Zylinder greifen. Davon möchte ich abraten. Erstens ist solche Zurückrichtung sauber und genau ausgeführt, sehr zeitraubend, hält oftmals schlecht und nicht selten fallen die stärker ausgeklebten Stellen beim Weiterdruck infolge der verursachten Reibung. Man greife anstelle der Zurückrichtung zum weiteren Hochätzen des Steines. Man kann bei Beobachtung der notwendigen Vorsicht — kräftiges Einwalzen und gutes Einstauben, ev. Brennen — das Hochätzen sehr weit treiben und wird auf diese Weise schließlich einen tadellosen Druck erzielen, nur muß man sich die Mühe des mehrmaligen Ätzens nicht verdrängen lassen. Nur Beharrlichkeit kann hier zum Ziele führen. Manche empfehlen auch zur Erzielung besseren Ausdrucks das Doppelteinwalzen. Tatsächlich wird in vielen Fällen eine, wenn auch geringe Besserung erzielt. In Anbetracht des Zeitaufwandes namentlich bei größeren Auflagen erachte ich jedoch diesen Weg für unpraktisch.

Weiter käme das Feuchten des Papiers in Frage. Das kann jedoch nur dann angewendet werden, wenn das Papier nichts oder nur wenig von seiner Musterpressung dadurch verliert. Deshalb ist vorher ein entsprechender Versuch notwendig.

Die Farbe sei möglichst kurz und weich, wie sie auch beim Merkanildruck sein muß. Mit der Farbmenge halte man stets soviel zurück, als dies die Art des Papiers zuläßt. Im allgemeinen kann gesagt werden, daß die Farbmenge etwas größer sein muß als bei gewöhnlichen Papieren.

In vielen Fällen wird nur einfarbiger oder doch nur solcher mehrfarbiger Druck in Betracht kommen, bei dem das Passen keine erhebliche Rolle spielt. Auch dies muß, um Schwierigkeiten von Anfang an zu begegnen, schon bei Entwurf und Lithographie berücksichtigt werden; denn oft passen mit gegebenen Mustern versehene Papiere nicht gut, in dem infolge Feuchtigkeitswirkung und Zylinderdruck erhebliche Abweichungen vom Register entstehen. Es sind aber auch diffizil passende Druckmöglichkeiten vorhanden. Man kann dann durch geeignete Maßnahmen (Trocknen des Papiers oder Strecken des Überdruckes) die entstandenen Differenzen ausgleichen.

Feuilleton.

Das technische und soziale Werk Henry Fords.

(Schluß.)

Für diesen ungeheuren Stamm von Arbeitern ist Ford rastlos bemüht, die günstigsten Arbeits- und Lebensbedingungen zu schaffen. Einer seiner Grundsätze ist dabei, daß kein Mensch zu dumm, zu faul oder zu unehrlich wäre, um nicht an irgend einem Platze nützliche Arbeit schaffen zu können. Ja, er vernimmt direkt die Tatsache, daß es überhaupt dumme, faule oder unehrliche Menschen gäbe, und behauptet, daß alle diese Eigenschaften nur auf den Mangel an Bildung und Erziehung oder auf Krankheit beruhen. Deshalb darf in

den Fordwerken kein Arbeiter entlassen werden. Wenn ein Vorarbeiter mit einem Arbeiter nicht auszukommen glaubt, dann wird dieser einer anderen Abteilung überwiesen, so lange, bis er das Rechte für sich gefunden hat. Nur in ganz vereinzelten Fällen kann eine Entlassung nach persönlicher Rücksprache ausgesprochen werden. Ford hat bei der Anwendung dieses Systems auch die besten Erfahrungen mit entlassenen oder beurlaubten Sträflingen gemacht. Er will keinen einzigen Rückfall erlebt haben, obwohl in seinen Betrieben riesige Werte für jedermann erreichbar herumliegen. Auch die Kranken werden bei Ford nicht ausgestoßen. Für Lungenkranke existiert eine besondere Abteilung, in der die Luft filtert, getrocknet und erwärmt ist, sodaß sie an Güte der in den besten Luftkurorten gleicht.

Im Jahre 1914 führte Ford die Gewinnbeteiligung ein. Der Gewinnanteil der Arbeiter und Angestellten ist so gestaffelt, daß die niedrigsten Löhne die höchsten Anteile erhalten. So betrug die Rate beispielsweise bei einem Lohnsatz von 61 Cents pro Stunde 17 1/2 Proz. bei einem solchen von 43 Cents 25 1/2 Proz. und bei einem solchen von 34 Cents 28 1/2 Proz. Kein Arbeiter verdient weniger als 5 Dollar (ungefähr 20 Mark) pro Tag. In dem Jahre nach Einführung der Gewinnbeteiligung konnten 11 000 Angestellte in eine bessere Wohnung ziehen. Die Spareinlagen stiegen um 205 Proz. und die Zahl der Hauseigentümer um 99 Proz. Das Ziel Fords ist, daß jeder Angestellte ein eigenes Haus und ein eigenes Auto haben möge.

Dem Betriebe angegliedert ist eine juristische und eine Bildungsabteilung. In der letzteren unterrichten Angestellte ihre eigenen Kollegen in allen möglichen schönen Dingen, von denen sie etwas verstehen.

Eine ganz eigenartige Politik hat Henry Ford auch seinen Kunden gegenüber eingeschlagen. Im Jahre 1915 versprach er ihnen eine Rückzahlung von 50 Dollar pro Auto, wenn die Fabrik in den betreffenden Jahre über 300 000 Autos herstellen würde, was auch tatsächlich der Fall war. Als im August 1916 alle übrigen Autofabriken ihre Preise um 100 Dollar erhöhten, setzte Ford die seinen um 50 Dollar von 395 auf 345 Dollar herab.

Alle diese Einrichtungen und Neuerungen haben nun aber keineswegs den Effekt gehabt, das Unternehmen Fords unrentabel zu machen. Im Gegenteil: Ford ist heute einer der reichsten Männer der Welt; sein jährliches Einkommen beläuft sich auf über 50 Millionen Dollar. Wem fällt dabei nicht die Geschichte von Robert Owen ein, der in seiner Spinners in New Lanark auch eine ganze Reihe „revolutionärer“ Neuerungen einführt (so setzte er beispielsweise die Arbeitszeit von 16 auf 10 Stunden herab, verbot die Kinderarbeit, errichtete Schulen für Kinder u. a. m.) und der seine Mitgesellschaften, die mit sorgenvollen Augen auf seine „verrückten“ Experimente blickten, am Schlusse des ersten Jahres unter dem neuen System mit einer Verdoppelung des Reingewinns überraschen konnte. Fabrikherren aus allen Teilen Europas, ja sogar Kaiser und Könige kamen damals nach New Lanark, um Owen das Geheimnis seines Erfolges abzusehen. Es muß fraglich erscheinen, ob Ford heute einen ähnlichen Einfluß auf seine Standesgenossen haben wird. Wir können auch nicht die Ansicht Rosika Schwimmers teilen, die in dem Werke des genialen Amerikaners so etwas wie die Lösung der sozialen Frage, die Aussöhnung von Kapital und Arbeit, von Produktion und Konsum sieht.

Aber einen Wert hat die Arbeit Fords auf alle Fälle: an einem großzügigen Experiment dargetan zu haben, daß die allerbeste Bezahlung und Behandlung der Arbeiter nur den Erfolg haben kann, ihre Leistungsfähigkeit zu erhöhen, die Qualität ihrer Arbeit zu verbessern, so daß sie also letztlich auch im Interesse des Arbeitgebers liegt. Ford bildet einen vorbildlichen Kronzeugen für alle Bemühungen und Kämpfe der Arbeiter um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen. Gertrud David.

Stellenangebote

Andrucker,

tüchtig und erfahren für Farben und Schwarz gesucht. (Auch Hilfsdienstpflichtiger). Angebote mit Zeugnisabschriften und Eintrittstermin an:

Zerreiss & Co.,
Nürnberg.

Verschiedenes

Roulett, Fadenschieß

Fräser u. s. w. in bester Ausführung fert. an
Carl Neumann, vormals O. König,
Berlin SO, Nauynstraße 69.

Bei dem jetzigen mangelhaften Firnis u. Ersatz setzt man der Farbe mit Erfolg

„Matt-Lack“ zu. Kilo 7,50 Mk.

Friedens- Zusammenstellung.

F. Hantke, Hamburg 22, Heinskamp 6.

Graphische Fachklassen

Entwurf und Werkstatt-Ausbildung
Auskünfte durch die
Kunstgewerbeschule **Barmen**

Der praktische Umdrucker.

Von Bernhard Enders, umfaßt das Gesamtgebiet des Umdruckes. Preis inkl. Porto 85 Pfg.

Conrad Müller, Schkeuditz.

„Radium-Reiber“

Deutsches Reichspatent No. 269 755 zum Wiederherstellen von Lithographien und Umdrucken, gleichwie auf welche Art dieselben gelitten. Ste! hilft ein überstreichen m. d. „Radium-Reiber“, welcher für ca. 200 Fälle genügt. Entsäuren, Nachmachen usw. fällt gänzlich weg. — Preis per Stück 15,— Mk. —

Verbandsnachrichten

Wer weiß die jetzige Adresse des Oberlithographen Oskar Kaulesch oder dessen Ehefrau? Um Zuschrift wird gebeten an: Ldstrm. Franz Streibl Bayr. Vermessungs-Abt. 11. Deutsche Feldpost 402

Achtung, Gera!

Vorsitzender, Auskunftsleiter und Arbeitsnachweisverwalter: **Wilhelm Traumlöcher**, wohnt jetzt: Gera-Neubadswitz, Zwötzerstraße 27.

Kassierer und Unterstützungszahler **Wilhelm Schön**, Gera-Untermhaus, Viktoriastraße 14.

Das Verkehrslokal befindet sich jetzt im Restaurant »Daheim« Gera, Schulstraße.

Stuttgart!

Fillale. Lithographen und Steindrucker. Vorsitzender, Auskunftsleiter und Arbeitsnachweisverwalter ist jetzt Kollege **Friedrich Rieker**, Steindrucker, Lerchenstraße 32 b.

Inserate

sind nicht an die Redaktion sondern an die Expedition zu senden.